

Lernen wir nur durch Katastrophen?



ISSN 1016-9954

Commission
Internationale
pour la
Protection
des Alpes

Internationale
Alpenschutz-
Kommission

Commissione
Internazionale
per la
Protezione
delle Alpi

Heiligkreuz 52
FL-9490 Vaduz
Telefon 075/8 11 6
Telefax 075/8 28 1

Nr. 21
Oktober 1990

Deutsche
Ausgabe

Deutschland
Frankreich
Italien
Jugoslawien
Liechtenstein
Österreich
Schweiz

Editorial

Im Bereich des Umweltschutzes scheinen Fortschritte vor allem über Katastrophen auslösbar. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Appelle an die Vernunft allein haben es schwer und können ohne Not und Härte als Erkenntnisse kaum durchgesetzt werden. Mobilität und Hektik prägen unsere gestörte Zeit, wo alles machbare auch gemacht wird. Die Mobilität ist für mehr als die Hälfte aller Umweltprobleme im Alpenbogen verantwortlich. Güterverschiebungen mit jährlichen Wachstumsraten von 5% sind für die Alpen zusehends nicht mehr tragbar und können auch durch bauliche Gewaltakte mit mehreren Alpen-transversalen nicht mehr fristgemäss ermöglicht werden. Das sagen uns Verkehrsplaner, die Umweltexperten warnen indessen vor den zunehmenden Belastungen. Sie bleiben Rufer in der Wüste, die man möglichst negiert.

Da wird nun eine Hauptschlagader des Alpen-Transitverkehrs plötzlich unterbunden. Gemeint ist die Brückenabsenkung bei Kufstein im Tiroler Inntal. Und schon bekommt der alpenquerende Verkehr einen Kollaps und löst unkontrollierte Reaktionen aus. Brauchte es wieder einmal eine «Katastrophe», bis sich etwas tut? Dabei hätten es die Schweiz und Österreich im Herzen der Alpen in der Hand, mit einem koordinierten Vorgehen die Weichen für eine vernünftige Verkehrspolitik zu setzen. Die Alpen sind nun einmal das topographische Hindernis und werden es auch bleiben. Die Meistbetroffenen sollten ihre Politik aufeinander abstimmen und gleichzeitig in einer PR-Aktion in den EG-Ländern ihre Probleme transparent gestalten, damit auch von dieser Seite mehr Solidarität entwickelt wird.

Nebst der Brücke bei Kufstein und den daraus entstandenen zwischenstaatlichen Wirren, war diesen Sommer das Ozon in aller Munde. Selbst grosszügig festgelegte Grenzwerte wurden in den Alpen und dem Vorland regelmässig überschritten. Die Umweltpolitik zeigte sich hilflos und ohnmächtig. Was tun, was keine Härten verlangt? Wir müssten zur Kenntnis nehmen, dass es ohne Ordnungspolitik nicht mehr geht. Die «freie Fahrt für freie Bürger» ist aus Gründen der Lebensqualität für alle und zum Schutze des Lebensraumes vorbei. Die Bremsspur, bis es der letzte wichtige Mandatsträger auch noch merkt, bleibt lang. Was beim Müllproblem über den Geldbeutel und damit Verursacherprinzip langsam zum Greifen kommt, ist auch für die Mobilität gültig. Ich wünschte mir folgerichtig einen Abbau sinnleeren Herumfahrens über eine Verteuerung der Mobilität, ich wünschte mir einige «autofreie Sonntage», damit wir alle wieder zur Besinnung kommen.

Mario F. Broggi
Präsident CIPRA



(Quelle: Nebelspalter 10/90)

Inhalt

- 1 Editorial
- 2 Klima
- 3 Verkehr
- 4 Tourismus
- 6 Land- und Waldwirtschaft
- 7 Naturschutz
- 7 Fauna
- 8 Alpenschutz
- 8 Sport
- 10 Internationales
- 11 ARGE ALP

Der Treibhauseffekt und seine möglichen Auswirkungen auf die Alpen

Der Treibhauseffekt:

Professor Michael Kuhn (Klimaforscher an der Universität Innsbruck) bezeichnet als Treibhauseffekt die Aufheizung der Atmosphäre durch die Infrarotstrahlung von bestimmten Gasen, die mit ihren besonderen Strahlungseigenschaften den Energieverlust von der Erdoberfläche ähnlich verhindern wie ein Glasdach die Abkühlung von Blumenbeeten. Solche Gase sind z. B. Wasserdampf (H₂O), Kohlendioxid (CO₂), Ozon (O₃), Methan (CH₄) oder Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW), die man mit einigen anderen als «klimarelevante Spurengase» zusammenfasst. Dem CO₂ werden rund 50 % des menschlich verursachten Treibhauseffekts zugeschrieben, weitere ca. 20 % dem Methan. Dieses entsteht zum Grossteil bei der Verdauung in Wiederkäuern und in Reisfeldern, seine Zunahme in der Atmosphäre ist also untrennbar mit der Ernährung der zunehmenden Weltbevölkerung verbunden. Zwei moderne Abfallprodukte folgen in der Rangliste der Treibhauswirksamkeit: FCKW mit 16 % und Ozon mit 8 %, die restlichen 6 % gehen vor allem auf das Konto von N₂O und H₂O. Momentan steigt die Methankonzentration um 0,9 % pro Jahr, die CO₂-Konzentration um 0,4 %, die der FCKW aber um 5 %. Die Eckdaten für eine globale Klimaveränderung liegen bei einer Temperaturzunahme von 2–5°C und einem Anstieg der Meeresspiegel von max. 70 cm in den nächsten 100 Jahren. Als Minimalwerte werden von der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) 1°C und 20 cm angenommen.

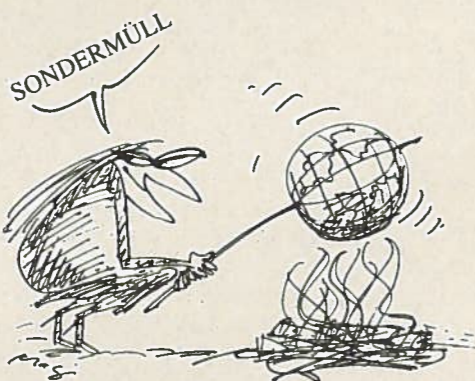
Das Ozonloch:

Das zweite grosse klimatische Problem ist die Verminderung der Ozonschicht. Das Ozon der stratosphärischen Ozonschicht schützt das Leben auf der Erde vor schädlicher ultravioletter Strahlung. Am Erdboden und in der Troposphäre wird Ozon zu einem Gift, das Schleimhäute, Atemwege, Blätter und Nadeln angreift. Die schützende stratosphärische Ozonschicht nimmt derzeit ab, die Menge des schädlichen troposphärischen Ozons nimmt zu. Die Hauptrolle bei der Zerstörung der Ozonschicht spielen vor allem Chlor aus den FCKW und Stickoxide aus dem Flugverkehr. Bereits eine einprozentige Verringerung des Ozons in der Stratosphäre bewirkt derzeit eine zweiprozentige Erhöhung der biologisch wirksamen (schädlichen) UV-B-Strahlung.

Strategien zur Verringerung des Treibhauseffektes:

Mit welcher Strategie können die drohenden Folgen abgewendet werden oder zumindest abgemildert werden? Bernard Giovannini (Energieforscher an der Universität Genf) definiert hierzu drei Ziele, die Gegenstand einer gemeinsamen Aktion von Industriestaaten und Entwicklungsländern sein müssten:

1. Die Zunahme des Treibhauseffektes so weit verlangsamen, wie das im Rahmen des technisch und wirtschaftlich «Vernünftigen» und ohne Änderung der gewohnten Lebensweise überhaupt möglich ist.
2. Die jährliche Erwärmung auf ungefähr 0,01°C begrenzen auf Grund der Annahme, dass Veränderungen dieser Grössenordnung schon in der Vergangenheit durch natürliche Ursachen bewirkt worden sind und sich das biologische System daran anpassen kann.
3. Den Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre auf den Höchstwert von 400 bis 450 ppm (parts per million) begrenzen, derzeit liegt er bei 340 ppm.



(Quelle: Raumplanung, Bulletin 1/89)

Zur Erreichung dieser Ziele könnten die folgenden Massnahmen anteilig beitragen:

- Optimale Energienutzung (Energiesparen) 30–50 %
- Kernenergieeinsatz 10–14 %
- Wiederaufforstung 8–15 %
- Erneuerbare Energien 10–22 %
- Umsteigen auf Erdgas ca. 1 %
- Kohlendioxid-Rückhaltung 1–3 %

Die Konsequenzen:

Wichtig ist es, sich über die Konsequenzen dieser Massnahmen im klaren zu sein. Voraussetzung für eine optimale Energienutzung ist die rasche Umstellung auf sehr niedrige spezifische Verbräuche, das heisst deren Reduktion auf ein Drittel oder gar ein Fünftel der jetzt üblichen Werte. So müssten innert nützlicher Frist (etwa 20 bis 30 Jahre) alle Autos verboten werden, die mehr als 3 oder sogar 2,5 Liter Benzin auf 100 Kilometer verbrauchen. Auf ein Drittel müsste der Energieverbrauch für die Raum-

heizung sowie jener der elektrischen Haushaltsapparate eingeschränkt werden, wobei daran zu denken ist, dass die Elektrizitätserzeugung weltweit zu einem grossen Teil in Erdölkraftwerken erfolgt. Das alles lässt sich verwirklichen, ohne die mittels Energieeinsatz erbrachten Arbeits- und Dienstleistungen zu schmälern. Ein solches Vorgehen steht aber in krassm Gegensatz zur Art und Weise, wie wir heute mit derartigen Problemen umgehen. Scheint die Meisterrung der Klimagefahren unter Beibehaltung des heutigen Lebensstandards nur unter Beibehaltung und sogar unter Ausbau der Kernenergienutzung machbar, ist die Frage zu stellen, ob die Industriestaaten nicht auf einen Teil ihres bequemen Lebensstandards verzichten können und müssen, um in Zukunft ohne Kernenergie auskommen, wie der Journalist Beat Jordi in einem Artikel fordert. Die Alpen wären von einer Klimaänderung als Folge des Treibhauseffektes massiv betroffen: Kurze Winter, häufigere Niederschläge, schwindende Gletscher und wachsende Gerölllawinen (auf Grund sich verschiebender Permafrostgrenzen) dürften nur einige der Folgen in den Alpen sein. Die Rolle der Alpen als Lebens- und Erholungsraum dürfte damit, zumindest in seiner heutigen Form, gefährdet sein. Die Konsequenzen einer rapiden Klimaveränderung auf Flora und Fauna sind noch nicht genügend erforscht. Die politische Brisanz des Problems «Treibhauseffekt und Klimaveränderung» ist offensichtlich: Es dürfte in absehbarer Zeit kaum möglich sein, einen allseitig akzeptierten Beweis für die klimatische Wirksamkeit des Treibhauseffektes zu finden. Und zwar nicht nur wegen der bekannten Komplexität des Problems, sondern auch deshalb, weil gewisse Kreise ein eminentes Interesse daran haben, Massnahmen zur Stabilisierung oder gar zur Senkung des CO₂-Ausstosses zu verhindern. Bevor solche beschlossen werden, dürften sich, wie dies vor der Weltklimakonferenz im letzten Herbst der Fall gewesen ist, wohl immer wieder Wissenschaftler dafür gewinnen lassen, die Gültigkeit bestehender Resultate in Zweifel zu ziehen. Und damit entfällt für manche Politiker ein Zwang zum Handeln. Nur: Wenn wir einfach zuwarten, wie dies dem menschlichen Hang zur Trägheit entspricht, laufen wir Gefahr, den Zeitpunkt für wirksame Gegenmassnahmen verstreichen zu lassen.

(Quellen: Neue Zürcher Zeitung 17. 10. 89, Tages-Anzeiger 6. 6. 90, NZZ 7./8. 4. 90, Liechtensteiner Volksblatt 12. 7. 90, Enquête des Vorarlberger Landtags 29. 6. 90)

Die CIPRA wird zum Thema im Herbst 1990 in der Kleinen Schriftenreihe unter der Nummer 7/90 einen Beitrag von Paul Ozenda «Mögliche Auswirkungen von Klimaveränderungen bei wachsendem Treibhauseffekt auf die Alpenökosysteme» veröffentlichen.

Massnahmen gegen den Benzintourismus im Tessin

Nahezu einstimmig genehmigte das Tessiner Kantonsparlament Ende Juni in Bellinzona ein Dekret, nach dem die Tankstellen in den Südtessiner Bezirken Mendrisio und Lugano nachts und an den Sonn- und Feiertagen geschlossen bleiben müssen. Die Gültigkeit dieser Massnahme gegen den Benzintourismus aus Italien ist als Versuch auf vorerst sechs Monate beschränkt. Voraussichtlich wird sie am 1. November in Kraft treten, womit ein Zusammenfallen mit der Tourismussaison vermieden wird. Das billigere Benzin lockt seit Jahren Automobilisten aus Italien allein zum Tanken über die Grenze. Etwa drei Viertel des im Südtessin verkauften verbleiten Super-Benzins werden von italienischen Benzintouristen gekauft. Für das ohnehin verkehrsgeplagte Mendrisiotto stellt der Benzintourismus aus Italien eine zusätzliche Belastung dar.

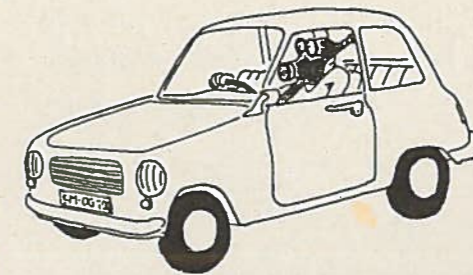
(Quelle: NZZ, 27. 6. 90)

Stellungnahme der CIPRA zum Benzintourismus:

Der Benzintourismus ins Tessin ist ein typisches Beispiel für zusätzliche Umweltbelastungen durch Wettbewerbsverzerrungen. Im Energiebereich müssen schnellstmöglich einheitliche Steuerregelungen auf internationaler Ebene vereinbart werden, die den Energietourismus unterbinden und Energiepreise verbindlich auf ein Niveau zwingen, bei dem alle Kosten, die durch den Energieverbrauch entstehen, dem Konsumenten angerechnet werden. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Landwirte und Bewohner abgelegener Bergtäler könnten Steuererleichterungen eine solche Politik durchaus akzeptabel werden lassen.



(Quelle: Nebelspalter 28/1990)



(Quelle: Mein Auto fährt auch ohne Wald / Elefanten Presse 1986)

Die Tessiner Luft . . .

Wie schwerwiegend die Luftverschmutzung im Tessin ist wird schon dadurch deutlich, dass entlang der Verkehrsachsen und in den Zentren regelmässig die durch die Luftreinhalteverordnung festgesetzten Grenzwerte für Schwefeldioxid-, Stickoxid- und Ozonbelastungen überschritten werden. So liegt in Chiasso an 128 Tagen im Jahr die mittlere Stickoxid-Tagesbelastung über dem zulässigen Höchstwert von 80 Mikrogramm. Die Ozonkonzentration liegt über 300 Stunden über dem Grenzwert, erlaubt ist ein Tag. In Brione wird der Ozongrenzwert sogar mehr als 800 Stunden im Jahr überschritten. Das Tessin zahlt einen hohen Preis dafür, dass es Transitregion für 11 Millionen Urlauber jährlich ist. Mit 515 Autos auf 1000 Einwohner hat das Tessin aber auch den höchsten Motorisierungsgrad der Schweiz und schafft sich damit einen erheblichen Teil der Belastungen selbst. Der hohe Motorisierungsgrad ist die logische Konsequenz daraus, dass der Kanton jahrzehntelang den öffentlichen Verkehr völlig vernachlässigt hat und ganz auf den individuellen Autoverkehr gesetzt hat. 40.000 Grenzgänger aus Italien und der Benzintourismus aus Italien setzen den bestehenden Problemen noch die Krone auf. Die ersten Vorschläge der interkommunalen Kommission, die ein Verkehrskonzept erarbeiten soll, lesen sich wie eine Wunschliste der Bauwirtschaft: Erstellung neuer Strassen und Sanierung bestehender. Die Einschränkung des Benzintourismus und die neuen Gaspandelsysteme zur Vermeidung von Benzindampfemissionen sind zwar sinnvolle Massnahmen, werden aber die Probleme, die aus der Verkehrsbelastung entstehen, nicht lösen.

Luftverkehrsemissionen

Anlässlich einer Tagung über globale Zusammenhänge des Treibhauseffektes der Akademie für Umwelt und Energie in Laxenburg/Österreich wies Hellfried Aubauer (Flugkapitän bei Austrian Airlines) auf die Umweltbelastungen aus dem Luftverkehr

hin. So entweichen bei Vollschub vor allem Rauch und Stickoxide und bei Leerlauf Kohlenmonoxid und unverbrannte Kohlenwasserstoffe. Die Zuwachsraten im Weltluftverkehr liegen durchschnittlich bei 7 %. 10.000 Flugzeuge der Kategorie 9 t Abfluggewicht (ohne die Sowjetunion und China) verbrauchten 1988 dabei 150 Mio. t Flugbrennstoff. Die bei der Verbrennung unter anderem entstehenden Stickoxide (NO_x), 1,5 Mio. t, haben in 10 km Höhe etwa eine Lebensdauererwartung von etwa einem Jahr, so dass die Emissionen eines gesamten Jahres sich sozusagen ständig akkumulieren. Dieses Verhalten ist grundsätzlich verschieden vom Verhalten der Stickoxidemissionen am Boden, etwa durch Kraftfahrzeuge, da deren NO_x-Emissionen über die Reaktionen mit Hydroxyl (OH), Säurebildung, Einbau in Wolkenpartikel und Ausregnen im Mittel bereits innerhalb weniger Tage wieder aus der Atmosphäre entfernt werden. Die NO_x-Emissionen aus Flugzeugabgasen hingegen erhöhen den natürlichen Stickoxid-Pegel der Troposphäre um viele hundert Prozent. Die Emission von NO_x in 10 km Höhe führt photochemisch zur Bildung von Ozon; in einer Modellrechnung wurde eine 12-prozentige Zunahme des Ozon in 10 km Höhe errechnet. Damit trägt der Flugverkehr erheblich zur Erhöhung des durch photochemische Smogreaktionen angewachsenen Ozonpegels in der Troposphäre bei, obwohl mengenmässig die Stickoxide aus den Flugzeugtriebwerken gegenüber der Gesamtemission am Boden kaum ins Gewicht fallen.

(Quelle: H. Aubauer, Luftverkehr und Umweltbelastung, Tagungsdokumentation Der Treibhauseffekt, Akademie für Umwelt und Energie, Laxenburg, 16./17. 11. 89)

In diesem Zusammenhang regt die CIPRA die Prüfung folgender Punkte an:

1. Stopp den Billigflügen in ferne Länder, Kurzstreckenflüge unter 500 km auf die Bahn verlagern
2. Technische Verbesserungen im Flugverkehr sind voranzutreiben (Treibstoffverbrauch reduzieren, Schadstoffausstoss reduzieren, Schadstoffe zurückhalten, vollständige Verbrennung anstreben)
3. Die Erforschung der Auswirkungen von Emissionen und das Emissions-Monitoring in der Atmosphäre sind zu intensivieren
4. In diesem Rahmen ist auch die Erforschung der Wirkungen von Flugzeugemissionen auf Mensch und Ökosysteme im Alpenraum aufzunehmen
5. Eine international koordinierte Umweltabgabe auf Treibstoff, um die Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des Flugverkehrs abzubauen.

Kurzreisen-Tourismus wuchert wie ein Krebsgeschwür

Welche Auswüchse der Kurzreisen-Tourismus derzeit hervorbringt, wird aus folgendem Beispiel deutlich, das Christiane Plüss vom Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung in Basel beschreibt. Auch in Basel hat sich eine regionale Initiative gegen die Erweiterung des EuroAirports Basel-Mulhouse gebildet. Am vergangenen 1. Mai haben fünf Charter für den Reiseveranstalter Schaeerlines an die 700 Ausflügler zum Eintagesflug nach Korfu befördert, was einen Treibstoffverbrauch von 92 l pro Passagier oder rund 15 l pro Badestunde pro Person ausmacht. «Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt auf allen Ebenen nicht ... Der Schweizerische Reisebüroverband und die zuständigen Bundesstellen müssten sich dringend überlegen, wie solcher 'Nonsens' unterbunden werden könnte», fordert Hansruedi Müller vom Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus. Auf diese Problematik angesprochen, meinte ein Vertreter von Schaeerlines gegenüber Radio DRS, der Erfolg gäbe ihnen recht, die Leute wollten ein solches Angebot. Und die befragten Passagiere machten geltend, wenn nicht sie das billige Angebot wahrnehmen, so täten es andere. So kann der Ball der Verantwortung weiterhin zwischen den Beteiligten hin- und hergeschoben werden, ohne dass der Öko-Sensibilisierung auch wirklich Taten folgen müssen.

(Quelle: Basler Zeitung, 7. 6. 90)

Bald nur noch im Bus auf den Grossglockner?

Hochalpenstrasse soll in Zukunft autofrei werden

Die Glockner-Hochalpenstrasse sieht sich einem neuen Touristenansturm gegenüber und setzt in der Besucher-Hitliste zur Jagd auf den Spitzenreiter Schloss Schönbrunn an. 1,3 Mio. Besucher erwartet man diesen Sommer, 2 Mio. könnten es bald werden. Um diese Ströme umweltfreundlich bewältigen zu können, soll die Strasse in Zukunft autofrei werden und nur noch mit Bussen mit neuester Umwelttechnologie befahren werden. Gemeinsam mit dem Salzburger «Haus der Natur» will man Parkplätze in Grünflächen umwandeln, sowie Naturlehrpfade und Museen errichten.

(Quelle: Die Presse, 8. 8. 90)

Reiseland Österreich: Vom Segen der «dummen» Massentouristen

Das Thema «sanfter» Tourismus als Tourismusalternative der Zukunft im Alpenraum ist in den achtziger Jahren zu einem Schlagwort geworden. Was unter «sanft» dabei verstanden wird bleibt oft unklar, «hartes» wird dabei manchmal nach einer «Weichspülerbehandlung» als «sanft» verkauft. Dass einige der propagierten Formen des «sanften» Tourismus auch Risiken in sich bergen, darauf weist ein Beitrag des österreichischen Schriftstellers Alois Schöpf hin, der hier auszugsweise wiedergegeben wird.

Weite Teile der österreichischen Bevölkerung sind sich ziemlich einig: Der Tourismus habe in Österreich eine Grenze erreicht, die quantitativ nicht mehr überschritten werden sollte. Investitionen düften in Zukunft nur noch in qualitativen Bereichen erfolgen. Nicht mehr Hotels, nicht mehr

behaupte, dass wir Einheimischen es gerade der Einfallslosigkeit des Massentouristen verdanken, dass wir während der Urlaubssaisonen noch im eigenen Land leben können. Zwei kurze Spaziergänge mögen die These veranschaulichen: Der erste Spaziergang führt in die Innsbrucker Altstadt, wo sich vor dem Goldenen Dach beispiellos tumultöse Szenen abspielen. Jedoch schon wenige Meter weiter, am Domplatz zum Beispiel, herrscht herrliche Ruhe. Warum dem so ist? Weil der dumme Massentourist, wie sein Name schon sagt, zu dumm ist, auch nur um die Ecke einer im Reiseführer beschriebenen Sehenswürdigkeit herumzugehen. Gott sei Dank!

Schutz vor Enteignung:

Der zweite Spaziergang führt vom Patscherkofel über den Zirbenweg zum Glungezer Lift: Auch hier marschieren die Kolonnen geschlossen. Hundert Meter weiter rechts jedoch herrscht wieder heilige Ruhe. Wer dort noch marschiert, ist ein Einheimischer.



(Quelle: Nebelspalter 27/1989)

Touristen, sondern bessere Touristen, Qualitätstouristen also seien das Ziel! Wie dieser Qualitätstourist nun, von seiner Finanzkraft einmal abgesehen, beschaffen sein müsse, auf dass er in unserem Land keinen Schaden anrichte, darüber gingen die Meinungen allerdings weit auseinander. Als kleinster gemeinsamer Nenner des idealen Touristen ist festzuhalten: der sogenannte Massentourist, also jener meist in Horden von Reisebusgrösse auftretende und mit seinen Bedürfnissen beispiellos einfallslose Zeitgenosse ganz bestimmt nicht das Idealbild einer zukunftsorientierten Tourismuspolitik sein könne! Warum eigentlich nicht?

Als jahrzehntelanger Jesolo-Urlauber, Massentourist also, und fallweise durch unsere Berge wandernder, Einheimischer also, möchte ich von einer vorschnellen Aburteilung des zweifelsfrei einfallslosen Massentouristen warnen. Ganz im Gegenteil: Ich

Oder ein Qualitätstourist! Der Massentourismus spielt sich in klar abgegrenzten Gebieten ab, welche die Bevölkerung zum Behufe einer florierenden Wirtschaft eventuell zu opfern bereit ist. Nicht auszudenken wäre es, wenn sich eines Tages all jene, die heute als gleichsam dumme Kühe und Ochsen durch unser Land latschen, in begüterte, gebildete, individualistische Damen und Herren, in Qualitätstouristen also, verwandeln würden: Dann sässe wahrscheinlich in jedem Dorfgasthaus, hinter jedem Busch und auf jedem Gipfel ein Fremder und das eigene Land wäre uns flächendeckend enteignet. Die Trampelpfade des Massentourismus sind dagegen der beste Schutz. Gerade weil der Massentourist einfallslos ist, ist er auch kalkulierbar. Ich plädiere daher für einen zahlenmässig und räumlich begrenzten, gehobenen Massentourismus.

(Quelle: Der Standard, 27. 6. 90)

Tourismus ist kein Tabu mehr

Die Mehrheit der bundesdeutschen Bürger ist sich der negativen Auswirkungen des Tourismus durchaus bewusst. In geradezu gnadenloser Selbsteinschätzung bekannten 73 % der Befragten, dass der Tourismus in den Urlaubsgebieten wesentlich zur Umweltbelastung beiträgt: Die wichtigsten Ursachen nach Meinung der Bundesbürger: Autoverkehr, Abfälle, Abwässer. Die Mehrheit der Bundesbürger vermutet im Norden Europas eine relativ gesunde Umwelt, fährt aber lieber in den Süden. Genau dorthin, wo nach Meinung vieler Deutscher längst der ökologische Notstand herrscht. Auf die Frage, wo die Urlaubswelt ökologisch noch intakt sei, antworteten die befragten Bundesbürger:

46 %	Norwegen, Finnland
40 %	Irland
38 %	Schweden
37 %	Schweiz
34 %	Österreich
20 %	Dänemark
13 %	Griechenland, Portugal
7 %	Jugoslawien, Niederlande
5 %	Spanien, Frankreich
3 %	Italien
2 %	Grossbritannien
12 %	Keine Angaben

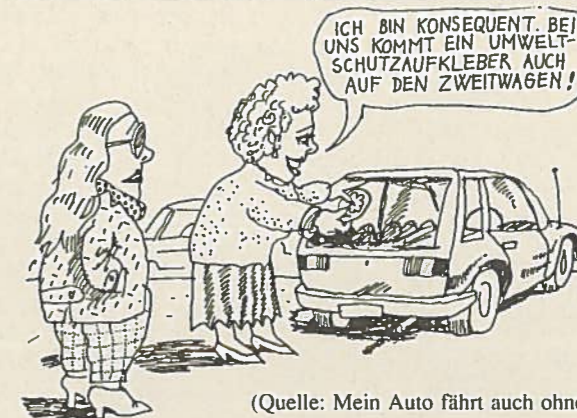
(Quelle: Natur 5/90)

Das sanfte Potential

Der «Studienkreis für Tourismus Starnberg» hat im Januar 1988 eine Umfrage durchgeführt, um das Nachfragepotential nach «sanften» Tourismusformen bei bundesdeutschen Urlaubern zu ermitteln. Als potentiell «sanfte» Touristen können vor allem diejenigen Urlauber gelten, die eine besondere Bereitschaft zeigen zu:

- Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- Rücksichtnahme auf den Alltag und die Gewohnheiten der Einheimischen in den Urlaubsgebieten
- Vermeidung von Hektik, evt. Einschränkung des Urlaubsprogramms
- Verzicht auf unangemessenen Komfort bzw. gewohnten Lebensstil
- aktivem Natur- und Umweltschutz im Urlaubsgebiet

Danach können 20 % der Bundesbürger (rund 10 Mio.) in diese Gruppe eingestuft werden und könnten durch entsprechende Angebote aktiviert werden. Ähnlich sieht es bei den 5,4 Mio. Bundesbürgern aus, die ihren Haupturlaub während mindestens 5 Tagen in den Bayerischen Alpen, Österreich, der Schweiz oder in Südtirol verbrachten. Das besonders «sanfte» Potential bei den Alpenurlaubern beträgt rund 18 % (1 Mio.). Anfang 1988 meinten 87 % der Alpenurlauber insgesamt (4,7 Mio.) und 89 % der Alpenurlauber mit sanfter Einstel-



(Quelle: Mein Auto fährt auch ohne Wald / Elefanten-Press)

lung (0,9 Mio.): «Wenn in einem Urlaubsgebiet die Umwelt stark belastet oder gefährdet ist, (z. B. durch Verkehr, Luftverschmutzung, verschmutzte Strände, Waldsterben, verbaute Landschaft usw.), sollte man sich ein anderes Gebiet suchen!» In seiner Reiseanalyse 1987 kam der Studienkreis zum Schluss, dass Urlauber besonders dann bereit sind ihren eigenen Beitrag zur Erhaltung einer intakten Natur und Kultur zu leisten, wenn sie auch auf entsprechende Anstrengungen vor Ort stossen. Allerdings geben sie sich aufgrund ihrer hohen Erfahrung und kritischen Einstellung nicht mit «kosmetischen» Massnahmen zufrieden, sondern wollen das Angebot vor Ort eingebettet sehen in ein «sanftes» Gesamtkonzept, von der Gästeinformation bis hin zur Müllvermeidung im Hotel, vom Rad- und Busangebot bis zur Landespflanze. Dies zeigt auch, dass «sanfter» Tourismus als Ideal ohne «sanfte» Landwirtschaft, ohne «sanften» Verkehr, ohne «sanfte» Industrie, ohne «sanfte» Verwaltung, ohne «sanfte» Bürgerbeteiligung usw. nicht erreichbar ist, und dass gerade die Alpenurlauber mit sanfter Einstellung wichtige Bündnispartner für die Zukunft sind.

(Quelle: Herbert Hamele in: Alpenverein, Mitteilungen des ÖAV, Heft 4/90).

Ohne Ökologie kein erfolgreicher Tourismus

Die Ferienregion Kleinwalsertal in Österreich hat zum Schutze der Umwelt die Aktion «Umweltsiegel» gestartet. Mit diesem Umweltsiegel werden im offiziellen Unterkunftsverzeichnis jene Betriebe ausgezeichnet, die sich mit Umweltschutzmassnahmen für einen sozial- und umweltverträglichen Tourismus einsetzen. Diese Aktion hat nach Auskunft von Gemeindevertreter Klaus Kessler in den Bereichen Müllvermeidung und -trennung, Wasser/Abwasser, Luft, Energieverbrauch sowie Landschaftspflege bereits grosse Erfolge erbracht. So werden zum Beispiel 1990 im Kleinwalsertal durch den Verzicht auf Portionsverpackungen für Butter, Konfitüre usw. rund 3,5 Mio. Einwegpackungen eingespart. Auch wirtschaftlich sind die meisten Massnahmen interessant.

(Quelle: Bündner Zeitung, Juli 1990)

Forschungsprojekt zum Freizeit- und Ferienverkehr

Im Goms (Wallis) haben die Belastungen durch Freizeit- und Ferienverkehr unerträgliche Züge angenommen. Im Rahmen des Forschungsprojektes «Mobilitätsbedürfnisse» des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung werden nun die objektiven und subjektiven Faktoren zur Beeinflussung und Veränderung des Verkehrsverhaltens untersucht. Für den Freizeit- und Ferienverkehr wurde das Goms als gut geeignetes Untersuchungsgebiet ausgewählt. In drei weiteren Gebieten werden der Arbeits-, Ausbildungs- und Einkaufsverkehr erforscht. Das Forschungsprojekt will Alternativen zum gegenwärtigen Reise- und Freizeitverkehr im Goms aufzeigen – und diese in Zusammenarbeit mit Feriengästen und Einheimischen verwirklichen.

Auskünfte erteilt: Bettina Mutter, Forschungsprojekt Freizeitverkehr im Goms, Tunnelstrasse 20, CH-3900 Brig.

Sanftes Tourismuskonzept im Kanton Bern

Als eine der ersten Bergregionen der Schweiz schickt das Berner Oberland Ost ein Tourismuskonzept in die Vernehmlassung, das Aspekte der Ökologie, der Wirtschaft und der Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigen will. Die Devise lautet: Weg von der totalen Wachstumseuphorie – hin zu einer besseren Diversifikation des Angebots. Keine neuen Ferienorte und Ski-gebieterschliessungen mehr, Begrenzung der touristisch intensiv genutzten Regionen, Verkehrsbedarf nicht auf den Spitzenverkehr ausrichten – so und ähnlich lauten die Grundsätze zum Tourismus im Entwicklungskonzept 2005 der 29 Gemeinden der Region Berner Oberland Ost. Sämtliche Bergregionen der Schweiz müssen in den nächsten Jahren ihre Entwicklungskonzepte überarbeiten.

(Quelle: Basler Zeitung, 30. 08. 90)

Landwirtschaftskampagne 1991 von WWF und SBN

Der WWF und der Schweizer Bund für Naturschutz (SBN) machen die Landwirtschaft zu einem zentralen Thema einer gemeinsamen Kampagne 1991, mit einer breit angelegten Öffentlichkeitsinformation und einer Vielzahl von Projekten. Die Ziele dieser Kampagne sind insbesondere die Erhaltung der biologischen Diversität in der bäuerlichen Kulturlandschaft sowie die Förderung von Produkten der biologischen Landwirtschaft im Sinne einer Chancengleichheit auf dem Markt. Auf europäischer Ebene soll die Opposition gegen technokratischen Tendenzen in der EG-Landwirtschaftspolitik verstärkt werden. Weitere Auskünfte erteilen der SBN und der WWF Schweiz, Postfach, CH-8037 Zürich

Schweizer Bundesgericht entscheidet gegen Forststrassenprojekte

Bei der Projektierung und Genehmigung von Walderschliessungsstrassen müssen die kantonalen und eidgenössischen Behörden zwischen forstlichen sowie Natur- und Heimatschutzinteressen sorgfältig abwägen. Bei zwei Projekten in den Kantonen Bern und Schwyz wurde den Interessen am Schutz eines Flachmoors (Oberberg SZ) sowie eines historischen Wegenetzes (Bollingen BE) – beide voraussichtlich von nationaler Bedeutung – zuwenig Rechnung getragen. Das Bundesgericht hat den Beschwerden dreier Naturschutzorganisationen und des Heimatschutzes gegen die beiden Waldwegeprojekte einstimmig gutgeheissen.

(Quelle: Tages-Anzeiger, 6. 7. 90)

Der Schutzwald in den Bayerischen Alpen

In dieser Broschüre wird das bayerische Schutzwaldsanierungsprogramm vorgestellt. Die stürmische Entwicklung von Siedlungen, Verkehrsverbindungen und Verkehrsdichte im bayerischen Alpenraum während der letzten Jahrzehnte liess die Anforderungen an die Funktionsfähigkeit der Schutzwälder erheblich ansteigen. Diesen Ansprüchen steht eine seit 100 Jahren unbefriedigend verlaufene Verjüngung dieser Wälder gegenüber. Unter dem im immer älter werdenden, durch neuartige Waldschäden gefährdeten Dach der alten Bäume wachsen nur mangelhaft junge Bäume nach. Dieser Prozess führt zur Verlichtung der Wälder und vermindert ihre unentbehrlichen Schutzwirkungen. Die Erosions- und

Lawinengefahr erhöht sich. Das Programm, das innerhalb der nächsten 20–25 Jahre Sanierungsarbeiten in 195 Sanierungsgebieten und 18 Gefährdungsgebieten auf 124000 ha vorsieht (davon 70500 ha Schutzwald) wird 780 Mio. DM (nach heutigen Preisen) für Pflanzungen, technische Verbauungsmassnahmen und flächenübergreifende Massnahmen bei Jagd und Waldweide erfordern. Diese Kosten enthalten aber weder Aufwendungen für den Unterhalt noch für die Ablösung der Waldweide oder sonstige flankierende Massnahmen. Die Kostenkalkulation unterstellt ausserdem, dass die Wildbestände soweit reguliert werden, dass keine grösseren Schäden an den Verjüngungen auftreten. Gelingt dies nicht, ist mit einer wesentlichen Kostensteigerung zu rechnen.

(Quelle: Der Schutzwald in den bayerischen Alpen, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ludwigstr. 2, D-8000 München 22, 49 S. April 1990)



sind breite, asphaltierte Wanderstrassen durch Schweizer Wälder, die ab und zu von ein paar Tannen gesäumt werden.

(Quelle: Nebelspalter 26/90, Text verändert)

Bewirtschaftungszuschüsse im Bergwald nach Verbissituation staffeln

Im Rahmen des forstlichen Landesförderungsprogrammes in Bayern können Waldbesitzern Bewirtschaftungszuschüsse für erhöhte Aufwendungen im Schutzwald gezahlt werden. Das Schutzwaldsanierungsprogramm der Bayerischen Staatsforstverwaltung beträgt etwa 500 Mio. DM. Der BUND hält einen Bewirtschaftungszuschuss für Schutzwälder nur dann für vertretbar, wenn dieser dazu beiträgt, die enormen Kosten einer Schutzwaldsanierung zu verhindern oder zu reduzieren, zumindest aber eine erfolversprechende Sanierung zu gewährleisten. Daher schlägt der BUND

eine Staffelung der Zuschüsse nach dem Ergebnis der Verbissinventur vor: Je geringer der Verbiss an den standörtlich vorkommenden Baumarten, desto höher werden die Zuschüsse bemessen:

- 150 DM / ha / a bei Verbiss < 10 %
- 50 DM / ha / a bei Verbiss < 20 %
- 25 DM / ha / a bei Verbiss < 30 %

Bei dieser Regelung liegt es an den Waldbesitzern selbst, möglichst schnell auf eine Veränderung der Verbissituation zu drängen und sie herbeizuführen, um einen möglichst hohen Bewirtschaftungszuschuss zu erhalten. Die vorgeschlagene Änderung würde max. 21 Mio. DM jährlich kosten, wenn in allen Jagdrevieren der Verbiss unter 10 % gesenkt werden könnte. Damit wäre bereits ein wichtiges Ziel der Schutzwaldsanierung erreicht und die eingesetzten Mittel wären optimal eingesetzt.

(Quelle: Dieter Popp, Alpenprogramm des BUND, BUND positionen 20, März 1990)



sind schmale Wanderwege durch Schweizer Wälder. Sie bringen den Gemeinden keine Subventionen von Bund und Kantonen.

Meinung der CIPRA

Die CIPRA hält den Grundgedanken dieses Vorschlages für gut und wichtig, nur gilt es zu überdenken, ob der Verbissanteil wirklich der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Waldverjüngung ist, oder ob nicht die Zahl der nicht verbissenen Bäume in diesem Zusammenhang der bessere Massstab für eine erfolgreiche Waldverjüngung ist. Bei einer quantitativ und qualitativ ausreichenden Waldverjüngung können unter Umständen auch Verbissanteile von 40 oder 50 Prozent ohne weiteres verkraftet werden.

Zum Tiroler Naturschutzgesetz

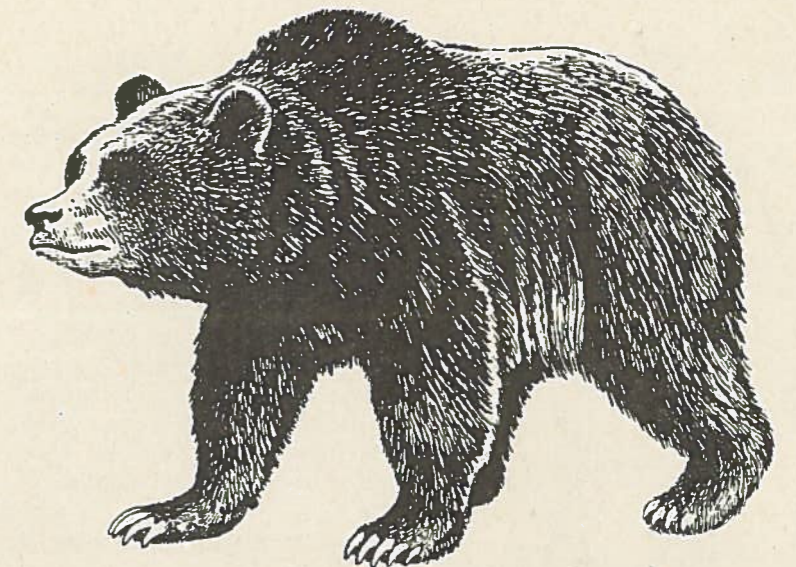
Am 8. 5. 90 hat der Tiroler Landtag ein neues Naturschutzgesetz (NSG) verabschiedet. In diesem Gesetz wird auch die Ausübung einer Reihe von umweltbelastenden Sportarten geregelt. Generell verboten ist:

- die Ausübung von sportlichen Wettbewerben mit Verbrennungsmotorbetrieb (ausser auf Grundflächen, für die eine Bewilligung erteilt werde)
- Die Verwendung von Hubschraubern zur Beförderung von Personen für touristische Zwecke
- Verwendung verbrennungsmotorbetriebener Wasserfahrzeuge auf fliesenden natürlichen Gewässern
- jede nachhaltige Beeinträchtigung von Gletschern und ihrer Einzugsgebiete (Ausnahme: bestehende Anlagen).

Eine allgemeine Bewilligungspflicht wird erlassen für die Errichtung von Seilbahnen, Sportanlagen wie Skipisten, Rodelbahnen, Klettersteige, Golf-, Fussball- und Tennisplätze und dergleichen sowie für Schneekanonen, ebenso für deren Ausbau. Auch die Errichtung von Parkplätzen ab 2000 m², die Bereitstellung von Flächen zur Ausübung von Motorsport, die Durchführung von Ausenlandungen und Ausenabflügen mit motorbetriebenen Luftfahrzeugen oberhalb von 1700 m Seehöhe und die Durchführung von Wettbewerben mit geländetauglichen Fahrrädern. Das Gesetz enthält auch einen Paragraphen über Ruhegebiete und die darin verbotenen Aktivitäten. Es wurde leider versäumt, den Passus «dass Massnahmen der üblichen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung keiner Bewilligung nach dem NSG bedürfen» einer deutlicheren und den Zielen des Naturschutzes mehr entsprechenden Formulierung zu unterziehen. In Auwäldern, Feuchtgebieten und Naturschutzgebieten sind sie allerdings bewilligungspflichtig.

Sieg für die Venoge

Der 10. Juni 1990 wird ein historisches Datum für den Naturschutz im Kanton Waadt werden. An diesem Tag haben sich die Waadtländer Stimmbürger mit 40000 gegen 30000 Stimmen für den Schutz des Flusses Venoge und seiner Auen ausgesprochen. Dieses ist das Ergebnis einer mehr als sechsjährigen Informations- und Sensibilisierungskampagne des WWF und anderer Organisationen zugunsten des Waadtländer



Flusses. Ein bemerkenswertes Resultat, doch ein Makel bleibt: dass die Initiative kein besseres Resultat in den Gemeinden des hauptsächlich betroffenen Bezirks erzielte, nur 45 % stimmten hier mit ja. Die höchste Zustimmung kam aus den Städten mit Lausanne (67 %) an der Spitze.

(Quelle: Panda-Nachrichten, 4/90)

Die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege informiert:

Hat die Natur ein Eigenrecht auf Existenz? Ein Grundgedanke des Naturschutzes ist der Schutz «um ihrer selbst willen», d.h. die Anerkennung einer eigenen Wertigkeit der Natur. Ist es darüber hinaus möglich und sinnvoll, der Natur ein Eigenrecht zuzuerkennen und somit auch ihren Schutz stärker zu verankern? Der gleichnamige Laufener Seminarbeitrag 4/89 behandelt diese Thematik aus philosophisch-religiöser Sicht, geht aber auch auf die praktischen Konsequenzen in der Rechtsprechung und in der Verwaltung ein. Er kann zum Preis von 10.– DM von der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Seethaler Str. 6, D-8229 Laufen/Salzach, bezogen werden.

Fauna

Bärenprojekt als «Wiedergutmachung» an der Natur: Bär soll in den Alpen wieder heimisch werden.

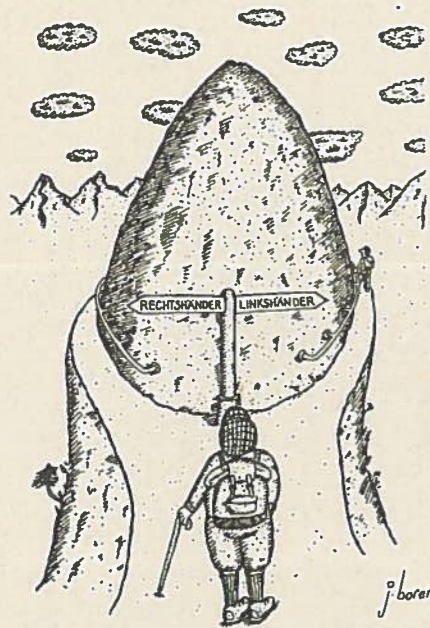
Eine in Rapperswil gegründete Schweizer Arbeitsgruppe «Braunbär» hat sich zum Ziel gesetzt, die letzten wilden Bärenpopulationen im Alpenraum zu erhalten und mit Neuansiedlungen zu fördern. Wie Heini Hofmann auf Anfrage erklärt, kommen für eine allfällige Ansiedlung in der Schweiz die Grenzregionen der Südalpen, des

Tessins und Juras am ehesten in Frage. Damit das Vorhaben gelingen könne, müsse die Idee der Schweizer Arbeitsgruppe internationalisiert werden, meint Hofmann. Im Winter 1990/91 ist deshalb in der Schweiz ein Bärenforscherkongress unter Beteiligung aller Alpenländer geplant. Weiter sollen den ganzen Alpenraum überspannende, wissenschaftliche Abklärungen über mögliche neue Lebensgebiete für Braunbären vorgenommen werden. Ideal wären Bärenbiotope, die mit jenem im Trentino und dem in Niederösterreich, wo seit kurzem auch wieder ein Bären-Pärchen heimisch ist (vgl. diesbezügliche WWF-Kampagne), verknüpft werden könnten. Für eine Aussetzung/Wiederansiedlung kämen nur Wildfänge aus dem Osten in Frage. Die Arbeitsgruppe will sich vor allem auf die Erfahrungen mit der Bärengruppe im Trentino abstützen. Wann mit der Realisierung des Projekts begonnen werden kann, steht noch in den Sternen. Eine allfällige Ansiedlung von Bären in der Schweiz liege aber noch in weiter Ferne. Jetzt müssten erst einmal Sponsoren für dieses «Wiedergutmachungsprojekt an der Natur» gefunden werden. Das gleiche Ziel wie die schweizerische Arbeitsgruppe verfolgt auch Frankreich. Das französische Umweltministerium gab dazu im Februar 1989 eine wissenschaftliche Studie in Auftrag. Sie soll bis zum Herbst dieses Jahres klären, ob die Wiederansiedlung von Braunbären in den touristisch stark erschlossenen Alpen Aussicht auf Erfolg hätte und ob sie mit dem zivilisatorischen Umfeld vereinbar wäre.

(Quelle: Bündner Zeitung, 10. 7. 90)

Nationalpark Hohe Tauern

Endlich einen Schritt weiter: Tirol bringt 700 Quadratkilometer ein. 19 Jahre nach der Heiligenbluter Erklärung, worin sich Tirol, Kärnten und Salzburg für die Schaffung eines Nationalparks Hohe Tauern



(Quelle: Nebelspalter 23/1989)

ausgesprachen, bekannte sich nun auch Tirols Landeshauptmann Alois Partl nachdrücklich zum Nationalpark. Anlässlich der Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Nationalpark Hohe Tauern durch Salzburg, Kärnten und Tirol Ende Juli, wurde eine Nebenvereinbarung mit Tirol geschlossen, nach der Tirol 700 Quadratkilometer ohne Grosskraftwerk in den Nationalpark einbringen wird. Damit erteilte das Tiroler Landesoberhaupt dem umstrittenen Dorfertal-Kraftwerk bei Kals in Osttirol endgültig eine Absage.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 23. 7. 90)

Nationalpark Kalkalpen

In der Diskussion um einen grenzüberschreitenden Nationalpark Kalkalpen haben Bayern und Salzburg jetzt beschlossen, auf Beamtenbene Kontakte aufzunehmen, um fachliche und inhaltliche Überlegungen anzustellen. In Österreich hat sich jetzt die Gegnerschaft der Nationalparkidee zur «Interessengemeinschaft Planungsgebiet Nationalpark Kalkalpen» zusammengeschlossen. Vor allem Land- und Forstwirte sowie Teile der Tourismuswirtschaft sind darin organisiert. Die Gegenbewegung zum Anfang Mai gegründeten Verein «Nationalpark Kalkalpen», an dessen Spitze mit Josef Ratzenböck und Fritz Hochmair führende Politiker stehen, will vor allem Mitsprache im Planungsstadium. Besonders Einschränkungen der Waldbewirtschaftung und des Waldbetretungsrechts rufen bei der Interessengemeinschaft Widerstand hervor.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 21. 6. 90, P-Mitteilung Nr. 46/90 des Bayerischen Staatsministeriums)

Alpenschutz

Die Diskussion und die Vorarbeiten zu einer Alpenkonvention haben die österreichischen Naturfreunde zum Anlass genommen, ein Alpenschutzkonzept vorzulegen und konkrete sofortige Schritte in Österreich zu verlangen. Leitlinie des Konzeptes ist, dass durch diese Massnahmen der österreichische Alpenraum so erhalten werden soll, dass seinen Bewohnern eine ausgewogene soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung bei Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ermöglicht wird. Das Konzept behandelt 5 Hauptpunkte auf 26 Seiten:

- Umweltverträgliche Entwicklung im Alpenraum
- Schutz des Gebirgswaldes
- Schutz der alpinen Feuchtlebensräume
- Alpine Landwirtschaft
- Tourismus

Es kann bezogen werden bei den Naturfreunden Österreich, Viktoriagasse 6, A-1150 Wien

Kulturlandschaftsfonds für die Schweiz?

Anlässlich der 700-Jahrfeier soll ein Fonds zur Erhaltung naturnaher Kulturlandschaften gegründet werden. Die Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL) erarbeitet dazu im Auftrag des Bundes ein Konzept mit konkreten Anwendungsbeispielen. Es liegt jetzt in Grundzügen vor und rechnet mit einem Startkapital von 30 bis 50 Millionen Franken. Das Parlament soll diesen Fonds an einer Sitzung anfangs Mai 1991 ins Leben rufen. Um ein Giesskannensystem zu verhindern, konzentriert sich die SL auf einige Schwerpunktgebiete quer durch die Schweiz. Ende September muss das SL-Konzept in seiner Endfassung beim BUWAL vorliegen.

(Quelle: Sonntagszeitung, 1. 7. 90)



(Quelle: Nebelspalter 28/88)

Landschaftsabgabe gegen die Übernutzung

Nach Vorstellungen von Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky soll das Kapital Landschaft künftig nicht mehr zum Nulltarif touristisch genutzt werden können: Eine Abgabe zweckgebunden als «Ausgleich» für wenig erschlossene Gebiete oder zur Umweltreparatur wird kommen. Die Länder können diesen «Öko-Schilling» im eigenen Kompetenzbereich installieren.

(Quelle: Vorarlberger Nachrichten 2./3. 6. 90)

Golfsport

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL wurde eine bisher nicht veröffentlichte Untersuchung über die Auswirkungen von Freiluftsummersport, darunter u. a. auch Hängegleitersport, Golf und Sportklettern angefertigt. In fast allen Bereichen sind erhebliche Forschungsdefizite festzustellen, die schnellstmöglich geschlossen werden sollten. Ein besonderes Problem stellen Sportarten dar, die Gruppen betreffen, die hinsichtlich ihres Erholungsverhaltens anspruchsvoller sind als viele, denen das Schwimmbad, die sonntägliche Schifffahrt oder andere vorhandene oder geplante Kanäle der Erholungsnutzung nicht genügen (z. B. Sportklettern, Hängegleitersport, Mountainbiking). Dennoch zeigen viele bereits bestehende Konflikte mit Naturschutzinteressen oder konkurrierende menschliche Nutzungsinteressen (Jagd, Landwirtschaft, Erholung usw.), dass Einschränkungen unumgänglich sind, da eine völlig freie Ausübung dieser Sportarten viele unerwünschte Auswirkungen oder auch irreversible Schäden hervorrufen kann. Sinnvoll und wünschenswert wäre eine enge Kooperation von Sportlern, Sportverbänden, Verwaltungen, Legislativen von Sportlern, Naturschutzverbänden, um Konzepte für eine möglichst umweltschonende Freizeitnutzung zu entwickeln. Die CIPRA wird die für den Alpenraum besonders relevanten Sportarten in ihrer Reihe «Sport und Umwelt im Alpenraum» weiter behandeln (Heft I Golf) und bittet die genannten Stellen um eine aktive Zusammenarbeit.

Naturschutz und Golfsport

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz (LFU) und die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) haben in ihrer Reihe zur Landschaftspflege und zum Naturschutz Heft 2 zum Thema «Naturschutz und Golfsport» (20 S.) herausgegeben. Insbesondere widmet sich die Broschüre auch der Frage, wo aus der Sicht des



(Quelle: H. Haitzinger, Globetrottel, 1989)

Naturschutzes die Anlage von Golfplätzen toleriert werden kann. Es werden 3 Standortkategorien definiert. Gebiete in Kategorie I (Schutzgebiete, ökologisch wertvolle und gering belastete Gebiete, extensiv erschlossene Erholungsgebiete, kulturhistorisch und geomorphologisch interessante Flächen) werden als nicht in Frage kommende Gebiete eingestuft. Die Flächen der Kategorie II kommen nur bedingt in Frage (Landschaftsschutzgebiete, struktur- und artenreiche landwirtschaftlich genutzte Grünlandgebiete, durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung veränderte Moor-, Karst- und Waldlandschaften sowie Gebiete mit erheblichem Fremdenverkehr). Als grundsätzlich geeignet (Kategorie III) werden eingestuft: ausgeräumte und ökologisch verarmte Agrarlandschaften, nicht überlastete Naherholungsgebiete und Gebiete mit in Ansätzen vorhandenem Fremdenverkehr, soweit die vorhandenen infrastrukturellen und landschaftlichen Gegebenheiten dies zulassen sowie Gebiete, die von der Landesplanung für diese Nutzung nicht ausgeschlossen werden, grossflächige Abbaugelände, insbesondere für Kunstplätze, wenn in der Abbaugestaltung bereits eine Erholungsnutzung vorgegeben wurde. Die Broschüre ist reich mit Bildern zu einer umweltverträglichen Golfplatzgestaltung versehen und kann bezogen werden beim Landesamt für Umweltschutz, Rosenkavalierplatz 3, D-8000 München 81.

Golfplatzweiterung im Berner Oberland

Keine Anwendung des «Rothenthurm-Artikels! Der Kanton Bern will sich mit 1,2 Millionen Franken am Ausbau des Golfplatzes Saanenland oberhalb Saanenmöser beteiligen, obwohl damit ein Hangmoor tangiert wird. Nach einer rund dreistündigen Diskussion lehnte der Grosse Rat am Mittwoch einen SP-Rückweisungsantrag mit 91 zu 86 Stimmen knapp ab. Im Gegensatz zu den Bundesbehörden vertritt der Kanton Bern die Auffassung, der «Rothenthurm-Verfassungsartikel» zum Schutz der Moore könne nicht direkt angewendet werden. Neun Löcher hielten das Kantonsparlament in Atem, obwohl es nur über einen Beteiligungskredit zu beschliessen hatte und nicht

über eine Baubewilligung. Der Golfplatz soll nämlich von 9 auf 18 «Holes» ausgebaut werden. Umstritten war das Geschäft nicht wegen des Kredits an sich, sondern weil zwei der neuen Golfbahnen ein Hangmoor tangieren, das gemäss der von Volk und Ständen am 6. Dezember 1987 angenommenen «Rothenthurm»-Initiative unter Schutz steht. Uneinig war sich der Grosse Rat – ebenso wie die Behörden von Kanton und Bund – nur darüber, ob der Verfassungsartikel ohne Ausführungsgesetzgebung überhaupt angewendet werden kann. Zu Diskussionen gab auch ein Brief von Bundesrat Flavio Cotti vom 28. Juni Anlass. Darin hatte sich der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern «unliebsam» überrascht darüber gezeigt, dass die bernische Baudirektion eine Überbauungsordnung mit der Golfplatzweiterung genehmigt hatte. Gemäss Cotti will der Bund alles unternehmen, um diesen Entscheid noch zu korrigieren. Vorerst ist eine Beschwerde aus Naturschutzkreisen gegen den Entscheid der Baudirektion hängig.

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 23. 8. 1990)



(Quelle: Sanfter Tourismus / Ueli Mäder, 1985)

DSV-Umweltplan 2000

In einer 28-seitigen Broschüre stellt der Deutsche Skiverband seinen Umweltplan 2000 vor. Sieben Ziele bestimmen den Umweltplan: die Sicherung der ökologischen Grundlagen, die Erhaltung einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt, die Erhaltung des Landschaftsbildes Die Umweltverträglichkeit technischer Neuerungen, mehr Forschung, mehr Information, mehr Kooperation. Die Programme zu diesen 7 Zielen umfassen eine Vielzahl von Punkten, u. a.: Der DSV will die ökologischen Verbesserungen vorhandener Skigebiete fördern und beteiligt sich daher an der Finanzierung eines Forschungsprogrammes. Der DSV regt bei den Betreibern der Anlagen

eine regelmässige Überprüfung des ökologischen Zustandes ihrer alpinen und nordischen Skigebiete in Eigenverantwortung an. Diese Beurteilung (Öko-Tiv) soll konkrete Empfehlungen für die jeweils notwendigen Verbesserungen enthalten. Die an Skiabfahrten, Wanderrouten oder Loipen angrenzenden naturnahen Flächen sind zu schützen. Das Variantenski fahren im Wald, in Schutzgebieten oder im Gefahrenbereich von Lawinen und das Skiwandern abseits gespürter Loipen sind Ausuferungen, die nicht hingenommen werden können.

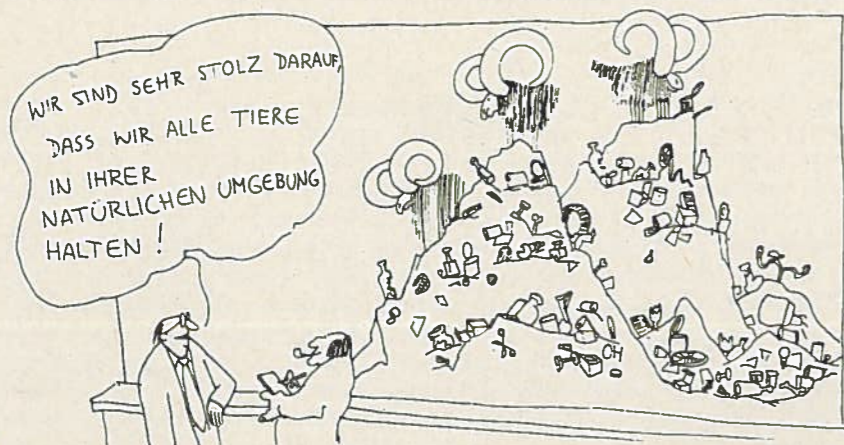
(Quelle: DSV-Umweltplan 2000, zu beziehen beim DSV, Postfach 201827, D-8000 München 2).

Die CIPRA möchte an dieser Stelle die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass der Deutsche Skiverband auch unter seinem neuen Präsidium (dem der Initiator des Umweltplans, E. Lauterwasser, leider nicht mehr angehört) die Ziele und Massnahmen, die er in seinem Umweltplan 2000 anvisiert hat, engagiert weiterverfolgt und in die Tat umsetzt.

Für 5 Jahre keine neuen Pisten in Salzburg

In den nächsten fünf Jahren werden in Salzburg keine neuen Skigebiete erschlossen. Danach muss der Nachweis erbracht werden, dass die regionale Wirtschaftskraft nicht anders als durch durch Bau von Liften und Seilbahnen angehoben werden kann. Das Projekt muss ferner innerhalb eines im räumlichen Entwicklungskonzept einer Gemeinde als Skigebiet ausgewiesenen Raumes liegen. Die Erschliessung von Gletschern für den Skilauf wird abgelehnt. So lauten die Kernsätze der von der Landesregierung gebilligten Richtlinien für Skierschliessungen im Land Salzburg. Vom fünfjährigen Ausbaustopp sind Modernisierungen und Komfortverbesserungen bestehender Anlagen oder Seilbahnanlagen zur Ergänzung, Abrundung und Verbindung bestehender Skigebiete sowie Kleinanlagen unter bestimmten Voraussetzungen ausgenommen. Die Sektion Salzburg des ÖAV lehnt auch die überarbeiteten und von der Regierung gebilligten Richtlinien als unzureichend ab. Neuerschliessungen sollten klar und eindeutig verhindert werden. Zunächst sollte jeglicher Liftbau einmal für zehn Jahre gestoppt werden. Als unzulässige Neuerschliessungen sind Projekte in Postalen (Strobl, Viehhofen, Unken, Zau-chensee/Obertauern) eingestuft worden.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 13.6.90)



(Quelle: Karinatur, Pro Natur Verlag 1984)

Freier Zugang zu Umweltdaten für EG-Bürger

Die Bürger der EG erhalten freien Zugang zu Umweltdaten bei den Behörden. Die Umweltminister der EG beschlossen nach Angaben von Bundesminister Töpfer in Luxemburg eine entsprechende Richtlinie. Sie muss bis Ende 1992 in nationales Recht umgesetzt werden. Diese Regelung nannte Töpfer einen «grossen Schritt nach vorn» zu einer besseren Bürgerinformation. Zur Zeit muss bei Nachfragen über Daten durchweg ein berechtigtes Interesse nachgewiesen werden. Nun wird es nicht mehr möglich sein, etwa nur mit dem Hinweis auf den Datenschutz Informationen zu Umweltfragen bei den Behörden zurückzuhalten. Von dieser Neuregelung erwartet der Minister eine Versachlichung der Diskussion mit den Umweltverbänden.

(Quelle: Badische Zeitung, 9./10. 6. 90)

Internationale Zusammenarbeit in den Südwest-Alpen

Die italienische Provinz Cuneo/Piemont und das französische Département Alpes-Maritime werden in Kürze einen Vertrag unterzeichnen, der zum Ziel hat, gemeinsame Aktivitäten zur integrierten Entwicklung der beiden Regionen zu ergreifen und Initiativen von beiderseitigem Interesse zu unterstützen. Das gemeinsame Entwicklungsprogramm wird Gegenstand einer separaten Vereinbarung sein. Der Entwurf der Rahmenvereinbarung und der Geschäftsordnung liegt bereits vor. Ähnliche Vereinbarungen wird die Provinz Cuneo voraussichtlich auch mit den französischen Départements Gap, Digne und Nizza schliessen. Informationen erteilt: Amministrazione della Provincia di Cuneo, il v. Presidente, Sig. Giovanni Battista Fossati, I-12100 Cuneo.

DAVOS* MAB – MAGAZIN

Eine 36-seitige illustrierte Broschüre – herausgegeben von der Gemeinde Davos – fasst wichtige Ergebnisse des Forschungsprogramms «Man and Biosphere» zusammen und zeigt auf, welche Spuren MAB hinterlassen hat. Die Aufnahme eigener ständiger Messungen der Luftqualität oder die deutliche Aufstockung des Forstpersonals zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung und des Waldzustandes sind nur zwei Beispiele, bei denen die Empfehlungen der Wissenschaftler zur Grundlage politischer Entscheidungen wurden. Das MAB-Magazin kann bei der Gemeindekanzlei CH-7260 Davos/GR bezogen werden.

Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ICALPE

Kärnten startet ein Exempel

Ende 1987 zeigten Wissenschaftler aus grossen internationalen Organisationen wie Unesco und IUCN und von Universitäten die prekäre Situation der europäischen Berggebiete auf. Eine Folgerung daraus war die Gründung des «Internationalen Zentrums für alpine Umwelt» in Chambéry. Das Hauptanliegen des Zentrums ist die Durchführung von internationalen, interdisziplinären Projekten über wichtige anstehende Fragen, wie z. B. die Auswirkung einer Klimaänderung in den Alpen, die Entwicklung der Landwirtschaft in den Bergen oder die Zukunft von Schutzgebieten. Das Land Kärnten in Österreich realisierte nun den ersten Schritt eines internationalen Austauschprogramms, das ICALPE mit allen Alpenstaaten weiterführen möchte. Am 17. und 18. April 1990 besuchten Landesrat Max Rauscher (Kärntner Landesregierung) und Hannes Slamanig (Kärntner Nationalparkverwaltung) zu einem Koordinationsgespräch das ICALPE in Chambéry. Im Zuge der Fachgespräche wurde eine intensive

Zusammenarbeit und eine Reihe konkreter Aktionen ins Auge gefasst. Unter anderem soll in Kärnten ein ICALPE-Expertenkomitee gegründet werden, das dem Informations- und Gedankenaustausch dienen wird. Ferner sollen Wege gefunden werden, um die grosse Barriere, die in der Forschung und Kommunikation durch die Sprachgrenzen zwischen den Ost- und Westalpen bestehen, zu umgehen. Daraus könnte eine effektive fachliche Zusammenarbeit entstehen. Bereits zwei Regionen in den Alpen, zuerst Savoyen in Frankreich und nun Kärnten in Österreich, beteiligen sich hiermit finanziell und personell an der Arbeit von ICALPE, und es wäre wünschenswert, wenn andere Regierungen diesen Beispielen folgen würden. Ein weites Netz der Zusammenarbeit wäre auch im Sinne der laufenden Diskussion für eine Alpenkonvention.

An dieser Stelle möchte ICALPE dem Land Kärnten gegenüber, wo übrigens auch die nächste ICALPE-Generalversammlung stattfindet, seinen Dank aussprechen und noch einmal betonen, dass alle erfreut waren, Frau Dullnig in den Mitarbeiterstab aufnehmen zu dürfen.

Die Neue Mitarbeiterin von ICALPE stellt sich vor:

Mein Name ist Karin Dullnig, ich bin 1963 in den Hohen Tauern in Kärnten geboren und habe in Graz Biologie studiert. Ab 1. Juli bin ich für ein sechsmonatiges Forschungsprojekt im Auftrag der Kärntner Landesregierung nach Frankreich zu ICALPE entsandt. In den sechs Monaten hier soll ich Erfahrungen mit interdisziplinärer Projektabwicklung sammeln und für deren Ergebnisse nach Möglichkeiten einer Anwendung in unserem Land suchen. Weiters ist für mein Forschungsvorhaben geplant, dass ich mit Hilfe der Verbindungen von ICALPE verschiedene Schutzgebiete der West- und Zentralalpen kennenlerne und deren Grundsätze mit der Durchführung in der Praxis vergleichen kann. Die Basis dieser Erkundigungen sind meine Erfahrungen mit verschiedenen Reibungspunkten bei der Etablierung eines Nationalparks in Kärnten. Die Ergebnisse möchte ich in einer schriftlichen Arbeit aufzeigen und wenn möglich auch die regionalen Unterschiede vergleichen. K. D.

Die CIPRA begrüsst diese Form der Zusammenarbeit zwischen Alpenregionen und internationalen Organisationen und hofft, dass sie auch in anderen Regionen Nachahmer findet. Auch die CIPRA ist zu einer solchen Kooperation mit den Alpenregionen gerne bereit.



Die ARGE ALP stellt sich vor

Arbeitsgemeinschaft Alpenländer – ARGE ALP – eine gelebte Zusammenarbeit über Grenzen hinweg

Am 12. Oktober 1972 fand in Mösern bei Seefeld in Tirol auf Einladung von Landeshauptmann Wallnöfer die Gründungssitzung der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer statt. Damals konnte man wohl nicht voraussehen, dass damit eine so bedeutende europäische Initiative gesetzt wurde. Die Aufgabe dieses Zusammenschlusses von anfänglich sieben Ländern über Grenzen hinweg konnte nicht in einer Institutionalisierung liegen, sondern in einer gegenseitigen Information und Zusammenarbeit in allen jenen Bereichen, wo eine Abstimmung der Interessen, der Anliegen und Wünsche der einzelnen Mitgliedsländer und damit auch

Breitenwirkung erreicht. Die einzelnen Kommissionen, zusammengesetzt aus Politikern und Beamten der nunmehr 10 Mitgliedsländer und zuständig für lebenswichtige, gemeinsam berührende Bereiche wie Umweltschutz, Verkehr, Entwicklung der Berglandwirtschaft, Kultur, Sport, Sozial- und Gesundheitswesen – um nur einige wesentliche Tätigkeitsfelder herauszugreifen – haben vortreffliche Arbeit für eine gegenseitige Information, im Austausch von Ideen und Vorschlägen zur Lösung brennender Probleme geleistet. Heute ist die ARGE ALP in der Bevölkerung der Mitgliedsländer verankert; im Gesangswesen, in der Musik, im Sport sind unter ihrem Namen, insbesondere auf Verbands- und Vereinsebene, spontan grenzüberschreitende Formen der Zusammenarbeit entwickelt worden. Nicht eine Gemeinschaft von oben herab verordnet, sondern ein natürlicher

Auseinandersetzung über gemeinsame Probleme, die oft natürlich auch Konfliktstoff beinhalten können, liegt die vornehmste Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft. Sei ihrem Bestehen sind sich die Länder untereinander viel näher gerückt, man hat Einblick in das Leben des Nachbarn gewonnen hat erfahren, dass Staatsgrenzen nicht unbedingt unüberwindliche Trennungslinien für historisch gewachsene Beziehungen sein müssen, dass man sie eben durch Zusammenarbeit überwinden kann. In der Zwischenzeit sind um die ARGE ALP herum ihrem Beispiel folgend, eine Vielzahl von regionalen Zusammenschlüssen gegründet worden. Im Jahre 1978 wurde die ALPEN ADRIA ins Leben gerufen, die in der Zwischenzeit zur grössten Arbeitsgemeinschaft dieser Art angewachsen ist, 1982 die Arbeitsgemeinschaft COTRAO, ein Zusammenschluss von Kantonen und Regionen der Westalpen. Die ARGE ALP wird auch in Zukunft ihren Weg als überschaubare Gemeinschaft weiter beschreiten und nicht in diesen grossen Arbeitsgemeinschaften in Form eines Zusammenschlusses aufgehen. Die ARGE ALP besitzt nach innen feste historische Bindungen, naheliegende gemeinsame Interessen und weist nach aussen eine unverkennbare Identität auf, die ihr politisches Gewicht verleiht und ihren Initiativen in den verschiedenen Bereichen leichter zum Durchbruch verhilft. Mit einem Gesamtgebiet von etwas mehr als 139.000 km² und einer Gesamteinwohnerzahl von 22 Millionen Menschen bildet die ARGE ALP das Herzstück der Alpen. Fragen im Bereich der Sozialgesetzgebung, des Schutzes der Gesundheit und der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sind in diesen Ländern mehr oder weniger gleichen Lösungen zugeführt worden, nicht zuletzt auch infolge der innerhalb der ARGE ALP gepflogenen Absprachen und Beratungen.

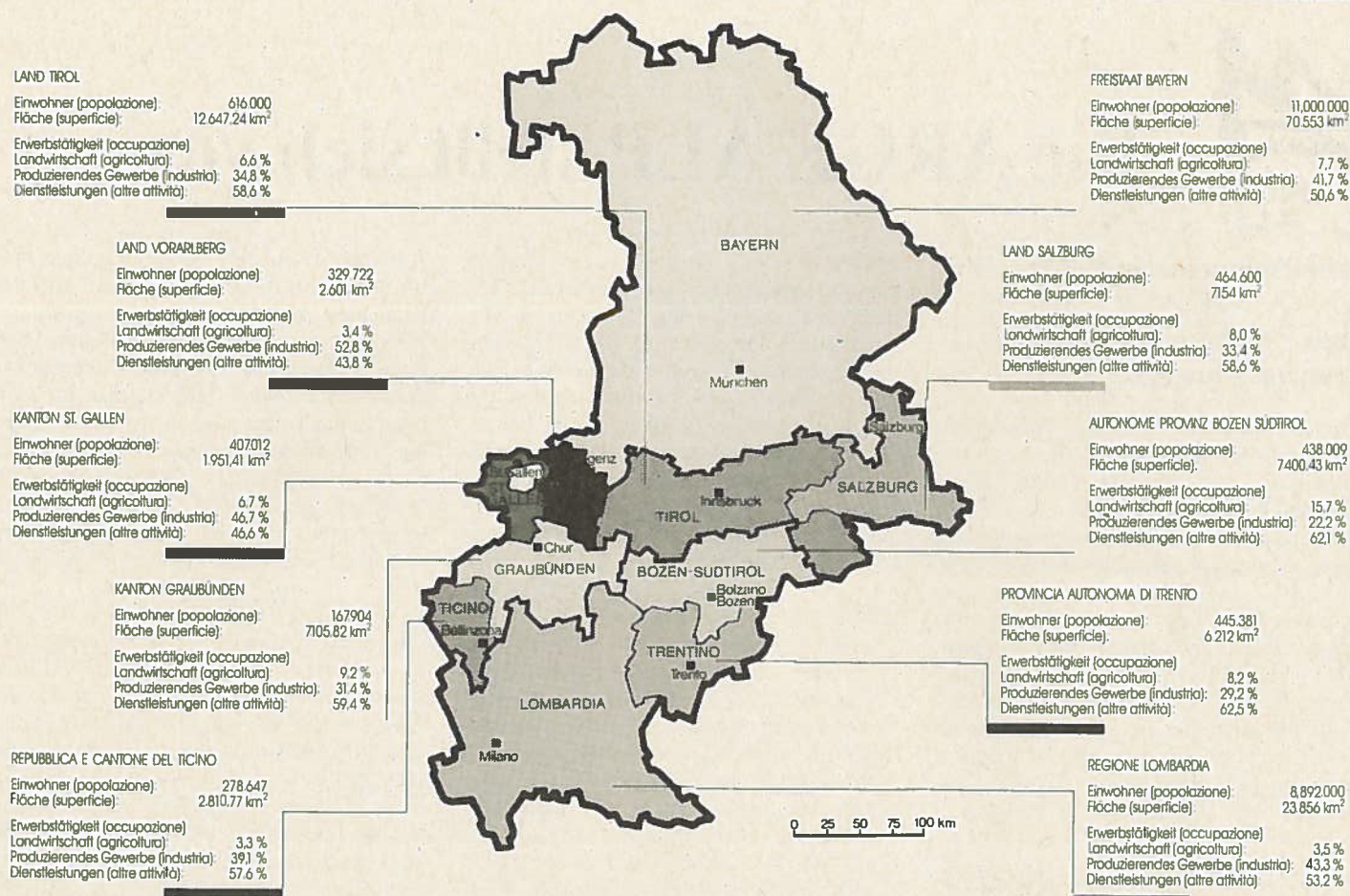
Unsere Länder sind aber auch aufgerufen, aktiv die Zukunft im Rahmen des europäischen Zusammenschlusses mitzugestalten und mitzuverfolgen, wie die Weichen für das gemeinsame europäische Haus gestellt werden. Die Zentralregierungen sollen nicht weiterhin Hoheitsrechte an die Gemeinschaft abtreten, die gar nicht mehr in ihren Händen, sondern eben in den Händen der Regionen liegen. Dazu bedarf es gemeinsamer Initiativen der Länder und Regionen innerstaatlich, aber auch auf europäischer Ebene; auch dafür bildet sie eine gute Grundlage. Trotz aller Euphorie über den stürmischen Wind, der seit 1-2 Jahren die Einigungsbestrebungen vorantreibt, darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass



(Quelle: Karinatur, Pro Natur Verlag 1984)

der betroffenen Bevölkerung im Herzen der Alpen als notwendig und erfolgversprechend erschien. Mit welchem Weitblick man damals handelte, zeigt gerade die heutige Entwicklung auf unserem europäischen Kontinent: das angestrebte Modell eines föderativen Europas, eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten unter Berücksichtigung und Förderung der regionalen Vielfalt und Unterschiedlichkeit nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem auch in der Sprache, in der Kultur, im Brauchtum – das schwebte den Vätern der ARGE ALP als erstrebenswertes Ziel vor; heute wird diese Grundordnung Europas als die unerlässliche Voraussetzung für ein Europa der kleinen Vaterländer, der Bürgernähe, der gewachsenen Strukturen angesehen. Im Laufe der Jahre hat die Arbeit der ARGE ALP eine beispielhafte Tiefen- und

Schulterschluss von Institutionen und Bürgern über Staatsgrenzen hinweg – das ist die ARGE ALP. Nicht von ungefähr hat man sie bei einer Sitzung der Raumordnungsminister der EG in Bari bereits 1976 als das «wirksamste Beispiel regionaler Zusammenarbeit in Europa» bezeichnet. Die anfänglichen Erfolge konnten bis heute immer fortgeführt werden. Am Beispiel der Arbeit und Entscheidungen dieser Gemeinschaft kann man besonders gut mitverfolgen, wie im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte die Probleme des Umweltschutzes und der Landschaftserhaltung immer mehr zum Schwerpunkt des politischen Einsatzes geworden sind. Dabei war die Zusammenarbeit nicht immer leicht; zu verschiedenen Entscheidungen, vor allem hinsichtlich der Verkehrsverbindungen, musste man sich regelrecht durchringen. Aber gerade in der



doch auf einige sehr bedeutsame Nebenwirkungen bisher zu wenig Bedacht genommen worden ist. Ich denke dabei vor allem an das Verkehrsaufkommen, das zweifelsohne mit dem erwarteten Wirtschaftswachstum einhergehen wird. Bisher ist es der Gemeinschaft nicht gelungen, ein tragbares Verkehrskonzept zu entwickeln. Man hat sich mit dieser für die Völker und Landschaft der Alpen so lebenswichtigen Frage zu wenig beschäftigt, nicht daran gedacht, dass unser bereits überlastetes Strassenverkehrssystem kein verstärktes Verkehrsaufkommen mehr verkraften kann. Die ARGE ALP hat deshalb auch bei ihrer letzten Konferenz in München am 29. 6. 1990 einen eindringlichen Appell an die Verantwortlichen gerichtet, doch alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, die Schiene auszubauen, umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln

zum Durchbruch zu verhelfen. Im Jahre 1986 wurden auf EG-Ebene 85 % der Warentransporte, das sind 8.029 Millionen Tonnen, auf der Strasse abgewickelt, nur 8 % hingegen mit der Eisenbahn. Seit damals hat sich an diesem Verhältnis wenig geändert. Die europäische Gemeinschaft hat mit der Schaffung einer europäischen Umweltagentur einen Schritt in die richtige Richtung getan. Gerade im Umweltbereich können die Länder und Regionen zu wertvollen Gesprächspartnern für die Gemeinschaftsorgane werden. Viele Länder und Regionen, und dazu zähle ich auch unsere, haben mit den bereits getroffenen Schutzmassnahmen die europäischen Mindestanforderungen erreicht. Die Alpenländer tragen ja Verantwortung für ein besonderes empfindliches und schützenswertes Ökosystem; dieser Verantwortung hat sich

die ARGE ALP nicht entzogen, sie hat die Warnungen vor den Folgen weiterer alpenquerender Strassenverkehrsverbindungen zu ihren eigenen gemacht.

An Arbeit wird es der ARGE ALP also in den kommenden Jahren nicht fehlen. Wenn es uns gelingt, unsere Länder auf das Europa von morgen vorzubereiten, wenn es uns weiters gelingt, Regionen in Osteuropa auf ihrem schwierigen Weg zur Festigung der demokratischen Freiheiten in einem sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Wirtschaftssystem eine Stütze zu sein, so hat unsere Arbeitsgemeinschaft eine bedeutende Aufgabe erfüllt und zur Schaffung eines freien, auf Gerechtigkeit und Frieden aufgebauten neuen Europas beigetragen.

Dr. Luis Durwaldner – Präsident der ARGE ALP und Landeshauptmann von Südtirol.

Impressum

Mitteilungen der CIPRA – Erscheint 4 mal jährlich – Redaktion: Ulf Tödter, Layout: Claire Schatzmann, Heiligkreuz 52, FL-9490 Vaduz – Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht – gedruckt auf Altpapier – deutsche, italienische und französische Ausgabe, Gesamtauflage: 4400 Stück.

Nationale Trägerorganisation bzw. Kontaktadressen:

Bundesrepublik Deutschland: Deutscher Alpenverein, Praterinsel 5, D-8000 München 22

Frankreich (Kontaktadresse): Parc national du Mercantour, 23 rue d'Italie, F-06000 Nice

Italien (Regionales Komitee für Südtirol): Dachverband für Natur- und Umweltschutz, Komplatz 10, I-39100 Bozen

Jugoslawien: Republiki sekretaria za urbanizem, Zupanciceva 6, YU-61000 Ljubljana

Liechtenstein: Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz, Heiligkreuz 52, FL-9490 Vaduz

Österreich: ÖNK als Arbeitsgruppe der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU), Hegelgasse 21, A-1010 Wien

Schweiz: Schweizerischer Bund für Naturschutz, Postfach 73, CH-4020 Basel